

**PAPERS**

**MARCEL BOIS, BERND HÜTTNER (HRSG.)**

**BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE  
EINER PLURALEN LINKEN**

**HEFT 3**

**BEWEGUNGEN, PARTEIEN, IDEEN**

## **Die Linke und »das Laster«? – Geschichte und Perspektive linker Schwulenpolitik**

### **Die Schwulenbewegung – ein linkes Projekt der 1970er Jahre**

Westdeutsche Homopolitik nahm ihren Anfang damit, dass in der Bundesrepublik unter Justizminister Gustav Heinemann (SPD) 1969 endlich der von den Nationalsozialisten verschärfte § 175 StGB reformiert wurde und Homosexualität unter erwachsenen Männern damit straffrei war. Sie bezog ihre Impulse aus der Studentenbewegung und aus der Frauenbewegung. Das Erbe des § 175 StGB aus der Nazi-Zeit, die nicht aufgearbeitete Verfolgung der Schwulen und die forcierte Debatte über die Nazi-Vergangenheit in der Studentenbewegung führten fast automatisch dazu, dass die politische Schwulenbewegung von Beginn an antifaschistisch war – der Rosa Winkel, den homosexuelle KZ-Häftlinge als Kennzeichen tragen mussten, wurde zum Symbol dafür. (§ 175 galt nur für männliche Homosexualität, Lesben wurden strafrechtlich nicht ausdrücklich verfolgt, galten unter den Nazis als asozial und wurden nach 1945 im Rahmen der Missachtung von Frauenrechten und weiblicher Sexualität weiterhin mitdiskriminiert.) Die gesellschaftliche Funktion der Unterdrückung von männlicher Homosexualität (von den Nazis betrieben im Gleichklang mit der Unterdrückung der Frau, der Verleihung des Mutterkreuzes und der Verfolgung von Abtreibung) sahen die Schwulen vor allem in der Bevölkerungspolitik, in der Notwendigkeit von industriellen und militärischen Reservearmeen für eine kriegstreibende, kapitalistische Gesellschaft und einem damit verbundenen Männerbild. Der Kampf für die Emanzipation der Schwulen war also antikapitalistisch und antimilitaristisch. Eine Parole auf der ersten Schwulendemonstration 1972 in Münster lauteten: »Brüder und Schwestern, ob warm oder nicht, den Kapitalismus bekämpfen ist unsere Pflicht!« Mit »Lieber ein warmer Bruder als ein kalter Krieger« antwortete die Schwulenbewegung später auf die Politik von Franz Josef Strauß. Die natürlichen Bündnispartner dieser Schwulenbewegung waren linke Organisationen, egal ob traditionelle Parteien oder auch die aus der Studentenbewegung entstandenen Gruppierungen. Diese waren jedoch alle durch und durch patriarchalisch organisiert, drängten Frauen an den Rand und nahmen alles, was mit sexueller Emanzipation und dem Kratzen an einem traditionellen Männerbild zu tun hatte, als »Nebenwiderspruch« von der Tagesordnung. Diese Erfahrungen führten zu einer Nähe der Schwulenbewegung zum Feminismus und zur neuen Frauenbewegung, die ihren Ursprung der Legende folgend darin hatte, dass die Frauenaktivistin und Filmregisseurin Helke Sander 1968 auf einer Delegiertenversammlung des SDS eine Tomate in Richtung des männerbesetzten Präsidiums warf.

Als sich in der DDR – inspiriert durch die Bewegung im Westen – 1973 eine Gruppe von Lesben und Schwulen während der Weltfestspiele der Jugend zeigte, lautete die Parole: »Wir Homosexuelle der Hauptstadt begrüßen die Teilnehmer der X. Weltfestspiele und sind für den Sozialismus in der DDR«. Auch hier hatte man es mit patriarchalen Strukturen zu tun, war man links und friedenspolitisch motiviert. Später bewegten sich Schwulen- und Lesben-Arbeitskreise »unter dem Dach der Kirche« im Zusammenhang mit Friedensgruppen, viele ihrer Vertreter wollten die DDR nicht abschaffen, sondern den Sozialismus weiterentwickeln, eine bessere DDR anstreben.

Der Aufbruch der Schwulen (und Lesben, die sich damals noch vorrangig in der Frauenbewegung sammelten) Anfang der 1970er Jahre war also ein linkes Projekt mit dem Ziel, die Gesellschaft zu verändern. Ihre Bündnispartner, die politische Linke, zeigte ihnen die kalte Schulter.

### **Die Vorgeschichte**

Der Kampf der Homosexuellen gegen Verfolgung und Unterdrückung war von Beginn an verbunden mit der Arbeiterbewegung. Interessen und Motive waren aber auf beiden Seiten durchaus unterschiedlich. SPD und KPD traten für die Streichung des § 175 aus dem Reichsstrafgesetzbuch ein. Wenn's drauf ankam, haben sie sich nie gescheut, für die Durchsetzung ihrer eigenen politischen Ziele auch antihomosexuelle Vorurteile zu bedienen und zu mobilisieren. Wie kam das?

Für die SPD war es Eduard Bernstein, der im Theorieblatt »Die Neue Zeit« 1895 eine erste politische Einordnung der Homosexualität vorgenommen hat (»Die Beurteilung des widernormalen Geschlechtsverkehrs«). Anlass

war der »Sensationsprozesses« gegen den homosexuellen Schriftsteller Oscar Wilde in London. Bernstein widerspricht zunächst der Bezeichnung »widernatürlich«, denn widernatürlich sei das gesamte »Kulturleben«. Er zieht den Begriff »widernormal« vor und rückt die (Homo-)Sexualität damit in den Bereich des Gesellschaftlichen, historisch Gewachsenen. Im zweiten Schritt ordnet er sie jedoch vor allem als eine gesellschaftliche Verfallserscheinung ein, die einerseits strafrechtlich verfolgt wird, andererseits in den Großstädten jedoch trotzdem ihre Feste feiert, die genau in der dekadenten Gesellschaft ihre Nahrung finde, die Wilde jetzt den Prozess mache – so verlogen im übrigen, dass Wildes Stücke zum Amüsement der Londoner Gesellschaft während des Prozesses munter weiter gespielt wurden. Bernstein greift aber auch neuere medizinische und psychiatrische Theorien über Homosexualität auf und räumt ein, dass es sie auch als Krankheit gebe. Was folgt daraus? 1. Homosexualität ist als Verfallserscheinung Produkt der Bourgeoisie und des libertinen Adels, die sich im Sozialismus sowieso erledigt haben wird. Denn die Arbeiterklasse ist der Bourgeoisie moralisch überlegen. Rein und klar strahlt das Bild des fleißigen Arbeiters und seines sauberen Mädels. 2. Die strafrechtliche Verfolgung der männlichen Homosexualität durch die herrschende Klassenjustiz ist eine verlogene Angelegenheit. Sie trifft auch jene, die »krank« sind, vor allem aber jene, die sich nicht wehren können. Denn wer Geld und Einfluss habe, fände Möglichkeiten und Wege, die Gesetze zu umgehen – genauso wie im Fall des § 218.

Als die erste deutsche Homosexuellenbewegung, das Wissenschaftlich-humanitäre Komitee unter Leitung von Magnus Hirschfeld eine Petition zur Streichung des § 175 StGB an den Reichstag formulierte, war es deshalb folgerichtig, dass August Bebel diese Petition 1898 in den Reichstag einbrachte. An Initiativen zur Streichung des Paragraphen waren SPD und KPD, auf ihrer Seite vor allem der rechtspolitische »Experte« und später in Moskau unter Stalin ermordete Felix Halle, bis 1933 immer wieder beteiligt. Das änderte jedoch nichts am Bild vom Homosexuellen und hinderte die SPD (und später auch die KPD) nicht daran, dieses Bild für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren. So war es der sozialdemokratische »Vorwärts«, der 1902 die Affäre um den homosexuellen Alfred Krupp ins Rollen brachte, der von der kaiserlichen Rüstungspolitik profitierte, seine Arbeiter ausbeutete und es sich leisten konnte, seine Homosexualität auf Capri auszuleben. Die SPD kochte ihr Süppchen auch auf der Eulenburg-Affäre. Im Bruderkampf zwischen SPD und KPD nutzte die KPD den Fall des homosexuellen Serienmörders Fritz Haarmann in Hannover, um von einem »Noske-Haarmann-System« zu sprechen (der ihr verhasste Gustav Noske war zu diesem Zeitpunkt dort Polizeipräsident). Als die NSDAP und mit ihr auch die Schlägertruppen der SA immer stärker wurden, schlachtete die Linke schließlich Ernst Röhms Homosexualität aus, statt ihn politisch zu bekämpfen. Sie fragte, ob Deutschlands Mütter diesem Mann weiter ihre Söhne anvertrauen wollten. Bert Brecht griff das Thema in seinem »Marsch ins Dritte Reich« auf: »... und kameradschaftlich sei der Verkehr«. Die antihomosexuelle Kampagne verselbstständigte sich, im Exil nannte man die NSDAP »Bewegung der Homosexuellen«, das Stereotyp des »homosexuellen Nazis« zog sich durch die Presse und die Literatur des antifaschistischen Exils. Maxim Gorki wird das Bonmot zugeschrieben, »man rotte alle Homosexuellen aus – und der Faschismus wird verschwunden sein«. Klaus Mann nannte dies in seinem 1934 zunächst unter dem Titel »Die Linke und ›das Laster‹« publizierten Aufsatz »Homosexualität und Faschismus« »abscheulich«. Der Motor der antifaschistischen Volksfront unter den Intellektuellen sah sich genötigt, festzustellen: »Mit ein paar Banditen die erotische Veranlagung gemeinsam zu haben, macht noch nicht zum Banditen.« Gehört wurde er nicht. In der DDR galten Homosexuelle als Sicherheitsrisiko, noch 1986 entfernte die Staatssicherheit Kränze, die Homosexuelle zum Gedenken an die schwulen Opfer des Nationalsozialismus im KZ Sachsenhausen niedergelegt hatten. Im Westen achtete die VVN lange darauf, dass das Gedenken an die »eigentlichen« Opfer, die Politischen, nicht durch das Gedenken an Homosexuelle beschädigt wurde.

Nach dem Krieg blieb das Stereotyp vom homosexuellen Nazi in der BRD wie in der DDR – gerade durch die zurückkehrenden Exilanten – virulent. Ein Anknüpfen an den positiven Teil des Erbes von SPD und KPD war nicht möglich, alle Ansätze dazu wurden erstickt. Immerhin hat die DDR die Verschärfung des § 175 StGB durch die Nazis von vornherein zurückgenommen und den verbliebenen § 175 (alte Fassung aus der Weimarer Republik) im Rahmen einer Strafrechtsreform 1968 weitergehend reformiert. In der Bundesrepublik blieb der Nazi-Paragraph bis 1969 in Kraft.

### **Die Entwicklung der Schwulenbewegung im Westen**

Das Sexuelle ist politisch! Politische Emanzipation geht nicht ohne die Befreiung der Sexualität – und umgekehrt. »Wir schwulen Säue wollen endlich Menschen werden und wie Menschen behandelt werden. Und wir müssen selbst darum kämpfen. Wir wollen nicht nur toleriert, wir wollen akzeptiert werden.« Das war der neue Ton der Schwulenbewegung. Bis dahin haben Homosexuelle ein Doppelleben geführt. Tagsüber waren sie brav

und bieder. Mit der »schwulen Sau vom Bahnhof«, dem Stricher also und all jenen, über deren Promiskuität und sexuellen Ausschweifungen es jede Menge Gerüchte gab, wollte man nicht in Verbindung gebracht werden. Nachts dann strich man durch Klappen und Parks, besuchte heimlich die verruchten Bars, wo man vor Eintritt klingeln musste und durch ein kleines Fenster begutachtet wurde. Eigentlich wollte man dabei nur in Ruhe gelassen werden.

Rosa von Praunheims Film »Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt« (1971) zeigte dann ein realistisches Bild eines schwulen Doppellebens und sagte in Richtung Gesellschaft: So sind wir. Und so, wie wir sind, fordern wir Akzeptanz. Den Schwulen sagte er – in Fortsetzung des Zitats oben: »Es geht nicht nur um eine Anerkennung von Seiten der Bevölkerung, sondern es geht um unser Verhalten unter uns. Wir wollen keine anonymen Vereine! Wir wollen eine gemeinsame Aktion, damit wir uns kennenlernen und uns gemeinsam im Kampf für unsere Probleme näherkommen und uns lieben lernen.«

Das war ein politisches Programm einer absoluten Minderheit, das – wie übrigens auch die Ausstrahlung des Films von Rosa von Praunheim im Fernsehen – von Protesten Jener begleitet wurde, die sich als Sprecher der homosexuellen Mehrheit verstanden (so schrieb der Vorstand der »Internationalen homophilen Weltorganisation« IHWO in einem Offenen Brief an WDR-Intendanten Klaus von Bismarck, die Ausstrahlung des Films habe »für die Homosexuellen verheerende Wirkungen«). Antifaschismus, Antimilitarismus und Antikapitalismus und der Kampf gegen das Patriarchat gehörten zur Emanzipation der Sexualität: Die Befreiung der Frauen und der Schwulen wurden zu einem Gradmesser. Das Patriarchat auf Seiten der Linken hat das durchaus als Kampf-ansage verstanden – und es antwortete entsprechend. Schwule Genossen galten intern als unsichere Kantonisten und als erpressbar, nach außen wollte man mit dem Thema Homosexualität nicht in Verbindung gebracht werden. Im Stern 41/1978 – in Anlehnung an die Aktion »Wir haben abgetrieben« aus dem Jahr 1971, wo sich Frauen öffentlich zum illegalen Schwangerschaftsabbruch bekannt haben – haben 682 Männer bekannt: »Wie sind homosexuell und haben Spaß daran.« Unter ihnen war auch Paul S., der hinzugefügt hat: »Ich bin in der DKP, und wer Kommunist ist und auch noch schwul, hat es doppelt schwer.« Ihm wurde deshalb parteischädigendes Verhalten vorgeworfen, er wurde zur Schiedskommission einbestellt und um der Schande eines Parteiausschlusses zuvorzukommen, ist er ausgetreten. Erst Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre schlossen sich Schwule innerhalb linker Organisationen zusammen und nahmen den Kampf gegen solcherlei Borniertheiten in Angriff. Die einzige Partei, die aus einer liberalen Haltung heraus die Abschaffung des § 175 StGB forderte, war damals die FDP. Als sie das 1980 in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD wiederholte, antwortete Helmut Schmidt laut Spiegel 46/1980: »Da müssen Sie sich einen anderen Koalitionspartner suchen.« Mit Aufkommen der Grünen und dem Erstarken der alternativen, »neuen sozialen Bewegungen« begann eine Entwicklung, die dazu geführt hat, dass heute jede Christopher-Street-Day-Parade von der örtlichen Politik-Prominenz begleitet oder sogar angeführt wird. Die Abschaffung des § 175, so die Ironie der Geschichte, war nicht die Krönung eines Erfolgs der Bewegung, sondern wurde still und leise unter Helmut Kohl vollzogen – 1994 in Erfüllung des Vereinigungsvertrags. Die DDR hatte den Paragraphen inzwischen restlos gestrichen – eine Rechtsangleichung in Form einer Wiedereinführung dort war nun wirklich nicht mehr durchsetzbar.

### **Die AIDS-Krise, gesellschaftlicher Wandel und die Schwulenbewegung**

Mit der AIDS-Krise Mitte der 1980er Jahre geriet die sowieso nur von einer absoluten Minderheit getragene Schwulenbewegung in die Defensive. Der Spiegel leuchtete noch den letzten Darkroom und die schwule Sauna aus, um die Bevölkerung über das »perverse« Treiben dort zu informieren. Um die Bevölkerung vor der »Schwulenseuche« zu schützen, wuchsen Pläne für eine neue Repression, bis hin zur Kasernierung HIV-positiver Homosexueller. Diese Pläne widersprachen aller gesundheits- und gesellschaftspolitischen Vernunft und konnten sich am Ende nicht einmal unter Helmut Kohl durchsetzen, der mit dem Programm einer »geistig-moralischen Wende« angetreten war. Denn den GesundheitspolitikerInnen bis hin zur zuständigen Bundesministerin Rita Süßmuth (CDU) ging es darum, die besonders gefährdete Gruppe der Homosexuellen mit ihren Präventionsbotschaften zu erreichen – man musste sie deshalb als Partner gewinnen. Erstmals entstand deshalb auf breiter Basis die Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit den AIDS-Hilfen und schwulen Trägern der Prävention. Egal, ob für Kondome geworben oder »Treue als der beste Schutz« propagiert wurde – plötzlich war es möglich, dass in Präventionskampagnen im Fernsehen und auf Litfaßsäulen ein positives Bild von Homosexualität oder Händchen haltenden Männerpaaren gezeigt wurden. In dieser Situation kam auch die Forderung nach Anerkennung homosexueller Partnerschaften auf die Tagesordnung – eine Forderung, die in den Medien ankam und bei einem großen Teil der Bevölkerung zum Katalysator einer wachsenden Toleranz wurde.

## **Wachsende Akzeptanz in der Gesellschaft und Marginalisierung der Linken**

Die kleinen, der gesellschaftlichen Konfrontation zu verdankenden Erfolge der Schwulenbewegung bis Mitte der 1980er Jahre, das Erstarken der alternativen Bewegungen und der Grünen als ihr parteipolitischer Ausdruck, die Kampagnen zur AIDS-Prävention und die Debatte über die Homo-Ehe konnten dazu führen, dass sich immer mehr Schwule in der Öffentlichkeit zeigten. Anfang der 1990er Jahre entstanden schwule Gruppierungen auch in bürgerlichen Parteien, schwule Manager organisierten sich, es entstanden Sportvereine und Wandergruppen. 1998 organisierten sich sogar die »Schwulen und Lesben in der Union«. Die anfangs politischen Demonstrationen zum Christopher-Street-Day wandelten sich zu »Paraden«, statt der Veränderung der Gesellschaft stand nun die »Sichtbarkeit in der Gesellschaft« auf der Agenda. Die linke Minderheit, die bis Mitte der 1980er Jahre nur deshalb das Bild der Schwulen in der Öffentlichkeit geprägt hatte, weil die Mehrheit sich bedeckt hielt, wurde damit an den Rand gedrängt. Homosexuellenpolitik entwickelte sich zu einer Politik der Mehrheit der Homosexuellen innerhalb »ihrer« Gesellschaft. In diese Bewegung reihten sich auch viele Gruppen aus der untergegangenen DDR ein. Bürgerrechte, gleichberechtigter Zugang zu Wohnungen für Paare, zu allen Positionen in Gesellschaft und Beruf, zu den Medien, zur Berichterstattung – das waren auch ihre Themen, als sie sich in den 1980er Jahren in der DDR zu organisieren begannen. Auf diesem Sektor erzielten sie erste Erfolge, als der Staat sich unter dem wachsenden Druck der Ausreisewelle auch seiner abweichenden Minderheiten annehmen und ihr Angebote machen musste. Heute geht es um die vollständige Gleichstellung in allen Bereichen der Gesellschaft, um die Aufnahme einer schwulen Sportgruppe in den Stadt-Sportbund, um die Förderung eines Chores. Homo-Politik wird auch zur Klientelpolitik mit deutlicher Orientierung auf den Mittelstand, wenn sie beispielsweise, statt überholte Privilegien der Ehe anzugreifen, das »Ehegatten-Splitting« für Homo-Paare fordert.

Wer Bürgerrechte und Menschenrechte ernst nimmt und den Rechtsstaat für eine förderliche Einrichtung hält, muss für die rechtliche Gleichbehandlung von Schwulen und Lesben eintreten. Das ist zwar keine originär linke Politik, aber auch die Linke muss dies tun. Dazu gehört neben dem wachsamen Blick auf die Situation in anderen Ländern, dem Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen auch aufgrund der sexuellen Identität oder der sexuellen Orientierung unter anderem auch die nach wie vor aktuelle Forderung nach Anerkennung, Rehabilitation und (kollektiver) Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus und der Unrechtsurteile nach § 175 in der BRD aus den Jahren bis 1969. Gerade dazu hat sogar der heutige Kanzleramtsminister Eckart von Klæden schon im Oktober 1997 für die CDU-Fraktion im Bundestag erklärt, dass es »von besonderer Bitterkeit für die Opfer« sei, »dass sie auch in der demokratischen Bundesrepublik weiter mit einer Pönalisierung haben leben müssen« und dass »dieses Parlament den verfolgten Homosexuellen etwas schuldig ist.«

## **Linke Homo-Politik und queere Politik**

Mitte der 1980er Jahre, parallel zur AIDS-Krise, setzt auch eine andere Tendenz ein, die ihren Ursprung in den USA hat und sich aus ganz praktischen Frage speiste: »Queer Politics« und »Queer Theory«. Schwarze kämpften für ihre Rechte, erlebten jedoch, dass schwarz nicht gleich schwarz ist, dass es schwarze Obdachlose und schwarze Industriebosse gibt. Schwarze Frauen mussten die Erfahrung sammeln, dass der Feminismus weißer Mittelstands-Frauen keine Antwort auf ihre Probleme bietet. Männer haben gelegentlich Sex mit Männern, definieren sich aber nicht als schwul und werden deshalb von den Botschaften der AIDS-Prävention nicht erreicht. Die wenigen Beispiele zeigen: Emanzipatorische Politik verfehlt ihren Anspruch, wenn sie ihre Adressaten mit einer klar definierten Identität – Wir Deutsche!, Wir Arbeiter!, Wir Frauen!, Wir Schwarze!, Wir Schwule! – auf eine Eigenschaft unter vielen reduziert. Denn verschiedene Identitäten – ethnische, soziale, kulturelle, geschlechtliche, sexuelle, religiöse – überlagern sich, setzen sich in konkreten individuellen und sozialen Situationen immer neu zusammen, geraten in Widerspruch zueinander, definieren sich neu. Der politisch interessante Kern eines daraus abgeleiteten Politik-Ansatzes liegt darin, dass er auf eine »diversifizierte« Art verschiedene Kräfte entfalten und – dem Konzept der »Diversity« folgend – strategische Bündnismöglichkeiten im Kampf um jedes kleine, aber konkrete Stück Freiheit eröffnen kann. Wenn in der Kantine mit Blick auf den schwulen Arbeitgeber Witze erzählt werden, ist der schwulenfeindliche Gehalt unter gewerkschaftlichen Aspekten ein Nebenwiderspruch. Wenn nur der schwule Kollege Solidarität zeigt, bleiben »die Schwulen« unter sich. Im Arbeitskampf steht der schwule Kollege dann wieder Seite an Seite mit den Heteros gegen den schwulen Chef. Da ist etwas faul! Queere Politik mischt deshalb die Grenzen der Identitäten auf und eröffnet die Chance, lediglich partielle, an »Identitäten« gebundene Bündnisse auf eine prinzipielle Grundlage zu stellen. Es geht ihr nicht um »den Schwulen« oder »den Arbeiter«, sondern ums Ganze. Ihre Grundlage ist, dass jeder ein Gegner der Freiheit ist, der anderen Freiheiten nimmt, und jedem Solidarität gebührt, dem sie genommen wird – egal ob sexuell, politisch, sozial ... Ein

linkes Emanzipationsprojekt muss sich darum kümmern, dass sich das Individuum in allen seinen Eigenschaften entfalten kann. Das setzt aber voraus, dass all diese Eigenschaften, egal ob man sie versteht, persönlich billigt oder auch nur nachempfinden kann, ob sie kulturell, ethnisch, religiös, sexuell oder sonst wie geprägt sind, erst einmal anerkannt werden als zu verteidigender Ausdruck menschlicher Existenz. Die Grenze ist da, wo die Freiheit des Einen in die des Anderen eingreift, er diese als »freie Verfügungsmasse« im eigenen Interesse betrachtet. Da endet die Freiheit patriarchaler Männer gegenüber Frauen, schwuler Arbeitgeber gegenüber heterosexuellen Mitarbeiterinnen, heterosexueller deutscher Frauen gegenüber ihrer Putzfrau mit Migrationshintergrund ... Ein solches Politikverständnis bedeutet jedoch einen radikalen Bruch mit der Tradition, die mit Eduard Bernstein begonnen hat und die noch heute in manchen Köpfen lebendig ist.

»Queer Politics« ist anstrengend, anstrengender, als jetzt schon feministische Politik in den Strukturen einer Partei zu verankern. Wer jedoch an die emanzipative Homosexuellenpolitik von vor 100 und vor 40 Jahren anknüpfen und die Grenzen identitärer Klientelpolitik überwinden will, kann keine »Homo-Politik« mehr für homosexuelle Bürger machen. Es geht nicht mehr um die Emanzipation der Homosexuellen (oder der Frauen), sondern um die Emanzipation des Individuums in seinen unterschiedlichen sozialen Bezügen. Wie verhält sich eine solche Politik zu Klassen und Gewerkschaften, zu einer linken Interessenvertretung der Arbeiterklasse? Muss die Identität als Arbeiter nicht Priorität haben? Man kann auch andersherum fragen: Hat nicht die Identität als Arbeiter längst an bindender Kraft und Bedeutung verloren gegenüber anderen Aspekten, gegenüber einem »Individualismus«, der sich aus vielen »Identitäten« speist, so dass Gewerkschaft und Arbeiterpartei nicht mehr die große, integrierende Organisation ist, wie sie es lange war?

Ansätze zu einer »queeren« Politik finden sich unter anderem

- in einer konsequenten Menschenrechtspolitik;
- in der immer wieder neu vorgetragenen Kritik eines gewissen Automatismus, der in der Partei und in der Gesellschaft immer wieder patriarchale Strukturen reproduziert;
- in einer Bildungspolitik, die dafür sorgt, dass Schule sich öffnet und statt traditioneller Rollenbilder und Lebensformen die ganze Bandbreite sozialen Lebens ins Blickfeld nimmt;
- in einer Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik, die es jedem Individuum gestattet, von den Erträgen seiner Arbeit tatsächlich leben zu können, also mit den Früchten seiner »Arbeiter-Identität« seine anderen »Identitäten« leben zu können, ohne in Abhängigkeiten zu geraten oder falsche Rücksichten nehmen zu müssen;
- in einer Sozialpolitik, die die Bindung ihrer Leistungen an die Existenz der Familie oder eines Geschlechts aufgibt, sondern das Recht auf Bildung, Gesundheitsvorsorge, Altersversorgung, soziale Sicherheit an das Individuum knüpft – unabhängig von seiner »Lebensform« in einer Familie, Partnerschaft, Wohngemeinschaft oder als Single – Kinder sind da selbstverständlich eingeschlossen;
- darin, die sozialen, pflegerischen und medizinischen Berufe und Einrichtungen so auf ihr Klientel vorzubereiten, dass die einzelnen Diversitäten respektiert werden und dass darauf eingegangen werden kann;
- in einer konsequenten Antidiskriminierungspolitik.

## Literatur

- Amendt, Günter (Hrsg.): Natürlich anders. Zur Homosexualitätsdiskussion in der DDR. Köln 1989 (nur noch antiquarisch).
- Bernstein, Eduard: Aus Anlass eines Sensationsprozesses. Die Neue Zeit Nr. 32, 1895, S. 171-176.
- ders.: Die Beurteilung des widernormalen Geschlechtsverkehrs. Die Neue Zeit Nr. 34, 1895, S. 228-233 (der zweite Artikel auch unter [http://www.neue-einheit.com/deutsch/is/is1998/is11\\_98.htm](http://www.neue-einheit.com/deutsch/is/is1998/is11_98.htm)).
- Butler: Judith: Queere Bündnisse und Antikriegspolitik. Hamburg 2011.
- Grumbach, Detlef (Hrsg.): Die Linke und das Laster. Schwule Emanzipation und linke Vorurteile. Hamburg 1995.
- Grumbach, Detlef (Hrsg.): Was heißt hier schwul? Politik und Identitäten im Wandel. Hamburg 1997.
- Grumbach, Detlef: »Zur Spezies herabgedrückt.« Von der Konstruktion des Homosexuellen zur Queer Theory. Deutschlandradio Kultur – Zeitreisen, 15. 2. 2006, 30 Minuten, Manuskript auf <http://www.detlef-grumbach.de/schwules.html>.
- Jagose, Annamarie: Queer Theorie. Eine Einführung. Berlin 2001.
- Setz, Wolfram: Homosexualität in der DDR. Materialien und Meinungen. Hamburg 2006.